

17.10.2022

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 468 vom 19. September 2022  
des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP  
Drucksache 18/991

### **Folgen der fehlenden Studienbefragung zur Ermittlung des „Klebeeffekts“ bei der Grundschullehrerausbildung!**

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Mit der kleinen Anfrage 226 unter dem Titel „Kommt die Grundschullehrerausbildung an der RWTH Aachen?“ (LT-Drucksache 18/336) wurde unter anderem nach dem „Klebeeffekt“ gefragt, der genutzt werden sollte, um ausgebildete Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer sowie Sonderpädagogen flächendeckend in ganz NRW zu verteilen.

In der Antwort der Landesregierung vom 26.8.2022<sup>1</sup> antwortet diese auf die Frage 3: „Wie hoch ist der Anteil der Absolvierenden an den bisherigen Hochschulstandorten mit den Studiengängen Sonderpädagogik und Grundschullehramt, die nach dem Studienabschluss bevorzugt in der Region der Hochschule verbleiben („Klebeeffekt“) bzw. auch noch fünf Jahre nach dem Studienabschluss in der Region der Hochschule verblieben sind?“ Die Antwort der Landesregierung lautet: „Die Frage kann nicht beantwortet werden, da entsprechende Zahlen weder von der Landesregierung noch von den nachgeordneten Behörden oder den einzelnen Hochschulen erhoben werden. Ebenso wenig liegen Daten dazu vor, in welchem Umfang Lehrkräfte nach einem auswärtigen Studium langfristig für eine Tätigkeit an Schulen in ihre Herkunftsregion zurückkehren.“

Fehlende Grundschullehrer sind seit mehreren Jahren ein Problem, nicht nur in der Region Aachen, jedoch wird diese Region durch den fehlenden Klebeeffekt besonders benachteiligt.<sup>2</sup>

In der Kleinen Anfrage 17/16686 vom 4.3.2022 heißt es unter der Überschrift: „Der Lehrermangel wird immer dramatischer“: Lehrkräfteversorgung in der Städteregion Aachen wie folgt, „Am 1. März 2022 berichteten die Aachener Nachrichten von einem „dringenden Appell“ von Stadt und Städteregion Aachen an die Landesregierung: An den 88 städteregionalen

---

<sup>1</sup> LT-Drs. 18/694

<sup>2</sup> „Grundschullehrer-Ausbildung in Aachen soll gestärkt werden“, online abrufbar in Aachener Zeitung vom 7.09.2018. Darin heißt es: „In Aachen konnten beispielsweise von 91 Stellen an Grundschulen 36 nicht besetzt werden, an Förderschulen konnten 23 von 39 Stellen nicht besetzt werden. Die gesamte Städteregion stehe besonders schlecht da, kritisiert Kürten. In der Region würden fast 60 Prozent aller Grundschullehrer pensioniert. Kürten: „Wir bekommen in den nächsten Jahren massive Probleme bei der Gewinnung von ausreichend ausgebildeten Lehrkräften.“

Grundschulen seien in den vergangenen sechs Jahren durchschnittlich sechs von zehn Lehrerstellen unbesetzt geblieben. Erneut pochen Stadt und Städteregion darauf, an den Aachener Hochschulen auch Grundschullehrkräfte auszubilden. Die Ausbildungskapazitäten müssten ohnehin erweitert werden und von den üblichen Klebeeffekten könne die ganze Region profitieren.

In der Aachener Zeitung vom 19.10.2019 heißt es unter der Überschrift: „Grundschullehrer in Aachen ausbilden!“. „Braucht Aachen wieder einen Studiengang fürs Grundschullehramt? „Ja!“, sagt das Schulräteteam der Städteregion. „Ja klar!“, sagt der Verband Bildung und Erziehung (VBE). „Ja“, sagen auch die Liberalen im Aachener Stadtrat und im Städteregionstag. Sie setzen sich dafür ein, dass die Lehrerausbildung für Primarstufe, aber auch für Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen (wieder) ermöglicht wird. Entsprechende Anträge an den Stadtrat und den Städteregionstag sind vergangene Woche gestellt worden. Oberbürgermeister Marcel Philipp und Städteregionsrat Tim Grüttemeier, so die Forderung, sollen NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen und RWTH-Rektor Ulrich Rüdiger bitten, noch in diesem Jahr entsprechende Maßnahmen einzuleiten.“

In seiner Sitzung am 28.11.2019 hat sodann auch der Städteregionsausschuss der Städteregion Aachen auf Antrag der FDP-Fraktion folgenden Beschluss gefasst: „Der Städteregionsausschuss unterstützt alle Bemühungen, dem eklatanten Mangel an Lehrkräften im Grundschulbereich entgegenzuwirken. Er bittet die Landesregierung, die Ausbildungskapazitäten für das Lehramt an Grundschulen über neue Studienplätze zu erweitern. Er setzt sich dafür ein, wieder ein regionales Studienangebot aufzubauen und bittet die Landesregierung, die RWTH Aachen zeitnah mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, um ein Studium zum Grundschullehramt anbieten zu können.“<sup>3</sup>

In der 17. Legislaturperiode hat das Wissenschaftsministerium keine Änderungen durchgeführt.

Die Landesregierung antwortete in ihrer Antwort<sup>4</sup> ebenso wie in der Antwort vom 26.8.2022<sup>5</sup> über die Besetzung und den Platzausbau an den acht bestehenden Studienstandorten für die Grundschullehrerausbildung an den Universitäten Bielefeld, Dortmund, Duisburg-Essen, Köln, Münster, Paderborn, Siegen, Wuppertal und an den sechs Studienstandorten für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung.

Damit konnte jedoch in den letzten Jahren in der Region Aachen die Unterversorgung mit Grundschullehrern und Sonderpädagogen nicht behoben werden. Anstatt dessen verschärfte sich vielmehr die Situation.

In der Aachener Zeitung vom 22.4.2022 heißt es unter der Überschrift: „Gewerkschaften kritisieren RWTH“<sup>6</sup>: „Das Wissenschaftsministerium argumentierte gegenüber unserer Zeitung mit einer sinkenden Nachfrage an Lehrkräften ab 2026. „Allerdings lag das Ministerium schon in den letzten Jahren mit seinen langfristig prognostizierten Schülerzahlen gerade in Ballungsräumen von NRW häufig falsch“, kritisieren nun DGB und GEW und verwiesen auf die aktuell steigenden Schülerzahlen, weil Kinder und Jugendliche aus der Ukraine nach Deutschland kommen.“

---

<sup>3</sup> Öffentliche Sitzung des Städteregionsausschusses der Städteregion Aachen am 28.11.2019, Beschlusstext zu TOP 19.

<sup>4</sup> LT-Drs. 17/15325

<sup>5</sup> LT-Drs 18/694

<sup>6</sup> [https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/gewerkschaften-kritisieren-rwth-aachen\\_aid-68307951](https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/gewerkschaften-kritisieren-rwth-aachen_aid-68307951)

Dieser Umstand sollte seit 2019 bekannt sein. Hier wird auf die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Lehrermangel in Grundschulen bis 2030 größer als bislang erwartet“<sup>7</sup> verwiesen. Darin heißt es: „Der Lehrermangel in Grundschulen wird im Laufe der nächsten sechs Jahre dramatischer als bislang angenommen. Im Jahr 2025 fehlen mindestens 26.300 Absolventen für das Grundschullehramt. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist in ihrer Prognose aus dem Oktober 2018 hingegen von lediglich rund 15.300 fehlenden Lehrkräften ausgegangen. Diese Diskrepanz ist auf einen stärkeren Anstieg der Schülerzahlen zurückzuführen. Ging die KMK im vergangenen Jahr noch davon aus, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe im Jahr 2025 bei 3,064 Millionen liegen würde, zeigt eine Schülerzahlenprognose auf der Basis der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamts, dass die Zahl der Grundschulkinder rund 3,232 Millionen betragen dürfte. Dies entspricht einem Plus gegenüber der KMK-Schätzung von rund 168.000 Schülern.“

Andere Bundesländer wie etwa Sachsen haben hierauf reagiert. So berichtete am 25.2.2020 das Sachsen Fernsehen, nachzulesen auf der Internetseite<sup>8</sup>: „Ministerpräsident Michael Kretschmar möchte die regionale Lehrerbildung fördern und zur Gewinnung von Lehrkräften beitragen. Nachdem eine Studie der TU Dresden ergeben hat, dass die Verbundenheit mit der Familie und der Region unter Lehramtsstudenten sehr hoch ist sollen nun neue Standorte geschaffen werden. Zudem sollte eine regionale Ausbildung nicht nur auf bestimmte Schularten begrenzt werden. Zukünftig möchte Kretschmer, dass das komplette Studium inklusive des ersten und zweiten Staatsexamens sowie des Referendariats in der Region absolviert werden kann. Damit hofft er einen sogenannten „Klebeffekt“ zu erreichen und somit eine Ortsverankerung zu erreichen. Nun versucht die Landesregierung so schnell wie möglich die finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.“

Dass das CDU geführte NRW-Wissenschaftsministerium, das für die Hochschulen zuständig ist, in den letzten Jahren offenbar keine Untersuchung vorgenommen hat und deswegen natürlich auch keine Daten zum „Klebeffekt“ in NRW vorliegen hat, ist nicht nachvollziehbar, jedoch ergeben sich aus Studien anderer Bundesländer entsprechende Studienergebnisse.

**Die Ministerin für Kultur und Wissenschaft** hat die Kleine Anfrage 468 mit Schreiben vom 17. Oktober 2022 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und der Ministerin für Schule und Bildung beantwortet.

### ***Vorbemerkung der Landesregierung***

Der Lehrkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen in unserem Schulsystem. Hervorzuheben ist, dass der Mangel an Lehrerinnen und Lehrern seit vielen Jahren eine bundesweite Entwicklung ist und sich nach Lehramtsbefähigung, Schulform und Region unterschiedlich gestaltet. Dabei können sowohl ländliche Regionen als auch Regionen mit besonderen sozialen Herausforderungen betroffen sein.

Die Landesregierung ist sich dieser Herausforderung bewusst und geht das Thema Unterrichtsversorgung aktiv an. Dazu wurde im Ministerium für Schule und Bildung bereits in den Sommerferien eine Arbeitsgruppe „Unterrichtsversorgung“ eingesetzt, die ein

---

<sup>7</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/september/lehrermangel-in-grundschulen-bis-2030-groesser-als-bislang-erwartet/>

<sup>8</sup> <https://www.sachsenfernsehen.de/lehremangel-so-soll-er-beseitigt-werden-726259/>

Maßnahmenbündel mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen entwickeln will, um die Unterrichtsversorgung der Schulen wirksam und nachhaltig zu verbessern.

Das Ministerium für Schule und Bildung hat in der Vergangenheit bereits Maßnahmenpakete entwickelt, um dem bestehenden Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Für die Schulform Grundschule sind insbesondere folgende Maßnahmen zu nennen, die auch weiterhin wirksam werden:

- Einstellung von Sek-II-Lehrkräften (Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen) an Grundschulen mit und ohne Versetzungsgarantie nach vier Jahren,
- Einstellung von Sek-II-Lehrkräften (Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen) an Gymnasien im Vorgriff auf die Umstellung auf G9 mit (Teil-) Abordnungen an andere Schulformen (hier an die Grundschule) mit erhöhtem Lehrkräftebedarf,
- Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern in den Unterrichtsfächern Kunst, Musik, Sport und Englisch,
- Einstellung von Lehrkräften mit Gewährung von Zuschlägen,
- Abordnung von Lehrkräften,
- Aufstockung von Teilzeitbeschäftigungen,
- vorzeitige Rückkehr aus einer Beurlaubung,
- späterer Eintritt in den Ruhestand oder die Rente,
- Gewinnung von bereits in den Ruhestand oder die Rente getretenen Lehrkräften für eine befristete Tätigkeit.

1. ***Wird die Landesregierung in Kenntnis des Grundschullehrermangels in der Region Aachen und in Kenntnis der Studie der TU Dresden sowie in Unkenntnis der eigenen Datenlage die finanziellen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen, damit in der Region Aachen im Jahr 2023/2024 Studiengänge für das Grundschullehramt und das Lehramt für Sonderpädagogik angeboten wird?***

Die Landesregierung beabsichtigt eine grundsätzliche Erhöhung der Studienplatzkapazitäten. Die näheren Planungen und Ausgestaltung zur Erhöhung sind noch nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus wird auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 6460 (LT-Drucksache 17/17036) verwiesen.

2. ***Wird die Landesregierung in Kenntnis des Grundschullehrermangels in der Region Aachen und in Kenntnis der Studie der TU Dresden eine eigene Studie zum Klebeffekt durch das Wissenschaftsministerium in Auftrag geben?***

Eine Studie ist derzeit nicht geplant. Eine belastbare Kausalität zwischen dem Vorhandensein eines Studienstandortes und einer problemlosen Besetzung von Lehrkräftestellen in einer Region ist nicht erkennbar.

3. ***Wird die Landesregierung in Kenntnis des Grundschullehrermangels in der Region Aachen aber auch in anderen Regionen in NRW ähnlich wie bei dem Projekt der Landärzte Lehrer für das Grundschullehramt und Lehrer im Bereich Sonderpädagogik finanziell besser entschädigen oder ihnen einen Studienplatzvorteil verschaffen, wenn sie sich im Gegenzug verpflichten, nach Abschluss von***

***Studium und Referendariat zehn Jahre lang als Lehrer in einer unterversorgten Region zu arbeiten?***

Auf die Antwort zu Frage 2. wird Bezug genommen.

Bei Einstellung in den Schuldienst kann in Nordrhein-Westfalen in besonderen Bedarfsregionen oder -schulen bereits heute eine Zulage (nicht „Entschädigung“) gezahlt werden.

- 4. Wird die Landesregierung in Kenntnis des Grundschullehrermangels in der Region Aachen und in anderen Regionen in NRW die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um in der Stadt Aachen oder in der Region Aachen eine Niederlassung der Universität Köln neu zu errichten, damit sie räumlich, personell und finanziell gut ausgestattet im Studienjahr 2023 mit der Ausbildung beginnen kann?***

Die Landesregierung prüft alle Optionen für Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel. Ob eine Dependence der Universität Köln in diesem Zusammenhang einen sinnvollen Lösungsansatz darstellt, kann erst nachrangig entschieden werden. Unabhängig davon ist bei der Neuerrichtung von Studiengängen an anderen Standorten die zeitliche Perspektive zu betrachten, die in der Regel mehrere Jahre Vorlauf benötigt.

- 5. Was wird die Landesregierung bei Verneinung der Fragen 1 – 4 machen, um die Situation der Grundschulen in der Region Aachen zu verbessern?***

Es wird Bezug genommen auf die Antworten zu den Fragen 1 – 4. Eine Antwort zu Frage 5 ist daher entbehrlich.